Pressemitteilung

Ansbach, 27.11.2008

Nach Pleite des US-Projekts in Grafenwöhr:

Unsicherheit wächst – Planungsmoratorium Gebot der Stunde

Wer kommt für Mehrkosten am Urlas auf?

Nach Medienberichten über die Pleite des US-Miltärprojekts in Grafenwöhr, wo ähnlich wie in Ansbach 300 Häuser für US-Soldaten „aus dem Boden gestampft" (Zitat Oberpfälzer Nachrichten, 25.11.08) werden sollten, mehren sich die Fragezeichen hinter der Belastbarkeit der kalkulierten Dollarfinanzierung der Urlas-Pläne in der Rezatstadt.

Grund für die Pleite in der Oberpfalz waren neben -trotz vorheriger Überprüfung- plötzlich entdeckter Altlasten die Kostensteigerungen im Bereich Energie und Baumaterial, insbesondere Baustahl, so ein Sprecher eines beauftragten Subunternehmens aus Neumarkt. Anstatt wie geplant 60 Millionen, sollte dieses Projekt dadurch 85 Millionen kosten. Das Unternehmen rechnet nun nach eigenen Aussagen mit Millionenverlusten. Nur aufgrund der Betriebsgröße und Risikorückstellungen könne es diesen Ausfall abfedern. „Für kleine Handwerksbetriebe würde das hingegen das Ende bedeuten", fügt der Firmensprecher hinzu.

Während dessen versucht Manfred Sendlbeck von der Landesbaudirektion zu beschwichtigen, indem er anmerkt, in Ansbach sei im Gegensatz zu Grafenwöhr kein Investor zwischen geschaltet. Auftraggeber sei der Staat, der könne nicht Pleite gehen. Gleichzeitig betont er aber, dass „die öffentliche Hand für Mehrkosten am Urlas nicht aufkommen" werde.
Die USA hat für den 1. Bauabschnitt ihrer Militärsiedlung umgerechnet 39,6 Millionen Euro bewilligt. Es gebe „keinen Cent mehr". Die Bewilligung erfolgte vor über zwei Jahren.

Nicht nur die gestiegenen Kosten für Baumaterial und Energie, sondern auch Währungsschwankungen und unvorhersehbare Ereignisse wie Altlastenbeseitigung oder Folgen der Finanzkrise lassen das Ausreichen der US-Mittel mehr als vage erscheinen. Die jüngst vorgenommene Reduzierung der geplanten Häuser von 138 auf 106 bestätigt diese Entwicklung.

Wenn nun weder Staat noch US-Militär für Kostensteigerungen aufkommen, gehen die Auftragsnehmer, vielmehr noch deren Subunternehmen (die laut einem Sprecher der beauftragten Generalunternehmen erst noch gefunden werden müssen), wie in Grafenwöhr ein erhebliches, wenn nicht existenzielles Risiko ein.
Letztendlich wird der Staat bei den zu erwartenden Mehrkosten zumindest Handwerksbetrieben mit Steuergelder unter die Arme greifen müssen. Dies ist beispielsweise beim Bau eines Einkaufszentrums der US-Armee in Ramstein bei Kaiserslautern so passiert. Der Bund übernahm die Mehrkosten als „Vorschuss". Die US-Armee weigerte sich diesen zu begleichen, sodass der Bund derzeit versucht, diese Gelder vom Land Rheinland-Pfalz zurück zu bekommen.

Das Militärprojekt am Urlas zerstört somit nicht nur Natur und vermindert die Lebensqualität in Ansbach, sondern bedeutet, neben Schäden für den Einzelhandel durch das geplante 13.500 Quadratmeter große US-Einkaufszentrum und sämtlichen Freizeiteinrichtungen am Urlas, auch ein unkalkulierbares Risiko für Bauunternehmen und den deutschen Steuerzahler.

Auch etwaige Risiken für die Stadt Ansbach, etwa aus Leistungen der Stadtwerke am Urlas resultierend, sind nicht endgültig geklärt.

Bei all diesen Planungen und der Auftragsvergabe blieb zudem der Alternativvorschlag der Stadt Ansbach für die Anbindung durch einen Kreisverkehr am Windmühlberg, dessen weitere Ausarbeitung der Stadtrat einstimmig beschlossen hat, völlig unberücksichtigt. Bei Realisierung des Kreisels müsste die US-Armee de jure zusätzlich eine rund zwei Kilometer lange Zufahrtsstraße zu ihrer geplanten Militärsiedlung bezahlen.
Für den Anbindungsvorschlag des Staatlichen Bauamts, der den deutschen Steuerzahler über fünf Millionen Euro kosten, mehrere Enteignungen bedeuten und einen ganzen Ansbacher Stadtteil abschneiden würde, müsste die US-Armee lediglich 50 Meter Straße zahlen.
Die Mittel hierfür sind bei den bewilligten 39,6 Millionen Euro enthalten, folglich müsste auch die erheblich längere Anbindung im Zuge des Windmühl-Kreisels aus diesen Mitteln finanziert werden. Die Folgen für die Kosten der Militärsiedlung liegen hierbei auf der Hand.

Vor dem Hintergrund der benannten Einflussfaktoren, insbesondere der Frage der Anbindung, aber auch im Vorfeld des anstehenden Hauptsacheverfahrens der Klage des Bund Naturschutz gegen die Militärsiedlung, ist es das Gebot der Stunde, bis zur Klärung der sich nicht erst seit dem Grafenwöhr-Debakel mehrenden unbeantworteten Fragen alle geplanten Bauarbeiten am Urlas auf Eis zu legen.

gez.
Boris-André Meyer
Stadtrat
Offene Linke Ansbach e.V.